Bestellt die reichillustrierte

Sowjetrußland-Sonderausgabe

der „Arbeiterstimme" mit ausführlichen Wahlresultaten. Die Zeitung erscheint Montag, den 7. November, spätestens früh 6 Uhr!

bung noch unbezahlte Arbeit für die Kommunalverwaltungen leisten müssen.

Und wie war es mit der „Arbeitsstreckung", mit dem Krümpersystem, für dessen Einführung sich besonders die Gewerkschaftsführer so warm eingesetzt haben? Die Arbeitszeit wurde in den Betrieben, wo das Krümpersystem mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie eingeführt wurde, weiter verkürzt, die Löhne wurden weiter abgebaut. Und das Ergebnis? — Das Arbeitsministerium mußte in einer Statistik, die im Juni dieses Jahres im Reichsarbeitsblatt erschien, zugeben, daß im Höchstfalle auf 20 vom Krümpersystem erfaßte Arbeiter ein neuentstellter Arbeitsloser gekommen ist, weil die Arbeiter den Lohnausfall durch gesteigerte Arbeitsleistung zum Teil wieder auszugleichen versucht hätten. Gesteigerte Ausbeutung, aber keine Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen, das ist selbst nach den Zeitstellungen des Reichsarbeitsblattes das Ergebnis der „Arbeitsstreckung".

Und auch die neue Notverordnung wird euer Elend weiter verschlimmern. Schon ist darin die Ermächtigung für die Reichsregierung enthalten, jeden beliebigen Eingriff in die Arbeitslosenversicherung und in die gesamte Sozialversicherung vorzunehmen. In der Regierungserklärung zur Notverordnung heißt es:

„Jedenfalls scheint die Dreiteilung der Unterstützung keine durch die Natur der Dinge auferlegte Notwendigkeit zu sein."

Das bedeutet, daß man die drei Unterstützungsarten zusammenlegen will. Die Folge würde die Herabsetzung aller Unterstützungssätze auf den Stand der Wohlfahrtsunterstützung sein.

Schon kündigt der Deutsche Städtetag an, daß infolge der Notverordnungspolitik die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ins Ungemessene steige und die Städte nicht mehr in der Lage seien, die Wohlfahrtsunterstützungen zu zahlen. Das ist die eiserne Ankündigung für eine neue allgemeine Herabsetzung der Wohlfahrtsunterstützungen.

Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen kann und will euch die herrschende Klasse nicht freiwillig schaffen. Arbeit zu Löhnen, die ein einigermaßen auskömmliches Dasein sichern, kann man nicht schaffen, ohne die Milliardenprofite der Unternehmer anzutasten. Sie kann nur erkämpft werden im Kampfe um die kommunistischen Arbeitsbeschaffungsforderungen, die die Besteuerung der Millionärsvermögen, der Dividenden- und Aufsichtsratstantiemen verlangen. Arbeit für große Massen der hungernden Erwerbslosen kann geschaffen werden, wenn im gemeinsamen Kampfe die Kommunalverwaltungen gezwungen werden, entsprechende Geldsummen für die Durchführung kommunaler Arbeiten zur Verfügung zu stellen.

Tausende haben im vergangenen Winter in letzter Verzweiflung ihrem Leben ein Ende gemacht. Tausende sind vor Hunger zusammengebrochen. Kinder sind in Lauben erfroren. Noch mehr Elend, noch mehr Hunger, noch mehr Kälte, noch mehr Siechtum, das sind die Aussichten, die euch die herrschende Klasse für den kommenden Winter bieten kann.

Eine neue Teuerungswelle kündigt sich an. Gerade jetzt ist der Heringszoll erhöht worden, eine Margarinesteuer will man einführen, Millionen Zentner von Getreide kauft die Regierung auf, und macht sie für die Ernährung unbrauchbar, um die Brotpreise hochzuhalten.

Aber ihr könnt es nicht ruhig hinnehmen, daß eure Frauen dahinsiechen, daß eure Kinder verkümmern, daß ihr selbst langsam dem Hungertode entgegengeht. Ihr wollt genügend Brot, um euch satt zu essen. Ihr wollt ein warmes Mittagessen. Ihr wollt Kohlen und Kleidung, damit ihr nicht erfriert. Und ihr wollt euch [illegible] über dem Kopf erhalten. Nun gut, das könnt ihr nur durch den gemeinsamen Kampf erreichen!

Du, sozialdemokratischer Kollege, brauchst genau so das Stück Brot, wie der Kommunist neben dir. Und du, erwerbsloser Jungproletarier, laufst genau so mit durchlöcherten Kleidern in die Kälte, wie deine „marxistischen" Kollegen und wie die, die in christlichen Verbänden organisiert sind. Gemeinsam leidet ihr die gleiche Not, gemeinsam treffen euch die gleichen Schläge der herrschenden Klasse. Gemeinsam habt ihr die gleichen elementarsten Lebensforderungen. Gemeinsam müßt ihr um diese eure Forderungen kämpfen. Einzeln seid ihr nichts, vereint seid ihr alles! Einzeln wird man euch auf den Wohlfahrtsämtern abweisen. Wenn ihr aber gemeinsam eure auf Zusatzunterstützung, auf Nahrungsmittel, Kleidung, Kohlen und Mietsbeihilfe gerichteten Forderungen erhebt, und wenn ihr sie immer und immer wieder erhebt, dann wird es schon schwerer sein, euch das Notwendigste zum Leben vorzuenthalten.

Wartet nicht noch einmal vergeblich auf die SPD-Führer, die euch wieder einmal versprechen, durch irgendwelche Verhandlungen in den Parlamenten etwas für euch herauszuholen! Vergeßt nicht, daß die Führer der SPD es waren, die durch die Verordnungen des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wissell mit dem Abbau der Arbeitslosenunterstützung begannen. Vergeßt nicht, daß sie jede weitere Abbaumaßnahme toleriert haben und die eifrigsten Forderer des Krümpersystems waren. Und auch jetzt unterstützen sie Papen.

Die Naziführer haben oft genug betont, daß die Arbeitslosenunterstützung nur zur Faulheit erziehe. „Die Sozialversicherung, dieser schlimme Erbteil des Bismarckschen Versuches eines Staatssozialismus, die den Wohlfahrtsetat von heute zu diesem unerträglichen Steuerdruck zwingt ..." so schrieb F. W. Heinz im „Völkischen Beobachter" am 2. 2. 1929.

An Stelle von menschenwürdiger Arbeit wollen sie die allgemeine Arbeitsdienstpflicht, wo ihr für kärgliches Essen und ein paar Pfennige Taschengeld unter militärischem Drill ausgebeutet werden sollt.

Von diesen Führern habt ihr nichts zu erwarten. Ihr müßt euch selbst helfen! In jedem Ort und an jeder Stempelstelle müßt ihr die kämpfende Einheitsfront herstellen, um eure Forderungen durchzusetzen.

Schon haben die Arbeiter in den Betrieben den Kampf gegen die Durchführung der Notverordnung aufgenommen. Jetzt ist für euch der günstigste Moment, um in einer Front mit den kämpfenden Betriebsarbeitern den Kampf um eure eigenen Forderungen aufzunehmen.

In allen Orten müßt ihr heute für eure Winterforderungen in machtvollen Kundgebungen auftreten.

Keiner darf abseits stehen! Es geht um eure Existenz. Der Solidarität der gesamten werktätigen Bevölkerung seid ihr gewiß.

Gemeinsame Not, gemeinsame Forderungen, gemeinsamer Kampf — das ist das Gebot der Stunde!

Erfüllt dieses Gebot! In Massen heraus für die Forderungen aller Arbeitslosen! Und am 6. November, sowie auch bei den am Sonntag darauf stattfindenden Kommunalwahlen in Sachsen:

Massenbekenntnis zum revolutionären Kampf, zur Einheitsfrontaktion durch die Wahl von Kommunisten!

Streikerfolge in Dresden

Bauarbeiter verhindern 50prozentigen Lohnabbau

Der Bauunternehmer Reinhold wollte auf der Baustelle Dresden-Neustadt, Radeberger Straße, von der 31. bis 48. Arbeitsstunde 50 Prozent vom Lohn abbauen, was einem Gesamtlohnabbau von 12,5 Prozent gleichgekommen wäre. Die Arbeiter haben daraufhin den Streik aufgenommen und mit dem Erfolg zu Ende geführt, daß der Lohnabbau nicht durchgeführt wird. Die Baubelegschaft hatte sich eine Streikleitung gewählt, die unter Führung von RGO-Kollegen stand und die hier beschäftigten sozialdemokratischen Arbeiter standen mit den übrigen Bauarbeitern in solidarischer Streikfront.

Durch diesen Streikerfolg war die Belegschaft einer nebenan liegenden Baustelle der Firma Warmholz, bei der gleichfalls Lohnabbau erfolgen sollte, zum Kampf ermutigt worden. Hier hat der Bauunternehmer, um dem Kampf aus dem Wege zu gehen, die bereits angekündigte Lohnkürzung sofort zurückgenommen.

Streik der „Daheim"-Boten erfolgreich

Dresden, den 3. Oktober 1932

Der Streik der Boten des Leseziekels „Daheim" wurde heute morgen beendet, nachdem der Unternehmer bei den Verhandlungen mit der Streikleitung zugestanden hat, daß die alten Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen bleiben und der geplante Lohnabbau nicht durchgeführt wird. Maßregelungen finden nicht statt. Der Streikbrecher wird entlassen.

Die Belegschaft verabschiedete sich von dem Erwerbslosenausschuß und der RGO mit Rot Front und marschierte mit einer roten Fahne geschlossen in den Betrieb. Die Abstimmung über die Beendigung des Streikes wurde mit geschlossener Faust durchgeführt. Der Streik stand unter der Führung der RGO. Ein Versuch der Bürokraten des Gesamtverbandes, die Streikfront zu spalten und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in einen Gegensatz zur Gesamtbelegschaft zu bringen, scheiterte an dem geschlossenen Kampfwillen der Streikenden.

Teilerfolg der Streikenden von Georgswalde

Der Streik der Glasbläsearbeiter in Georgswalde (Böhmen) konnte mit Teilerfolgen für die Arbeiter beendet werden.

So ist an Stelle des bisherigen Werkstarifvertrages ein mit starken Verbesserungen versehener Manteltarifvertrag abgeschlossen worden. Wir werden auf die Einzelheiten dieses Streiks und seines Ausganges noch zurückkommen.

Radebeuler Baustellen im Streik

Die Baustellen des Bauunternehmers Stolle, Radebeul, in der Chemischen Fabrik von Heyden und in der Hollsteinstraße stehen, wie uns berichtet wird, gegen Lohnabbau im Streik.

Ab heute Berliner Verkehrsstreik

Berlin, 3. November (Eig. Drahtb.)

Heute früh hat der Streik der Berliner Verkehrs-Arbeiter, Straßenbahner, Untergrundbahner und Omnibusfahrer trotz vollständiger Einsetzung.

Die von der Leitung des Gesamtverbandes durchgeführte Urabstimmung am gestrigen Nachmittag ergab (nach ihrer Mitteilung):

11 461 Stimmen für den Streik
3 993 Stimmen für Annahme
73 Stimmen waren ungültig.

Das ist also mehr als eine Dreiviertel-Mehrheit für den Streik.

Die gestern abend stattgefundene Delegiertenkonferenz der Dienststellen hat daraufhin den Streik ab heute beschlossen. Sie wählte eine zentrale Streikleitung bestehend aus Vertretern der 5 Stellen, gewählt auf dem Boden der Kampfeseinheit, so daß in der Streikleitung sowohl Mitglieder des Gesamtverbandes, wie RGO-Kollegen, SPD-Arbeiter, Unorganisierte, sowie bisherige Nazis vertreten sind.

Der Kampf richtet sich gegen den unerträglichen Lohnabbau, der von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern mit der Direktion der Verkehrs-AG, in der namhafte SPD-Führer vertreten sind, vereinbart wurde.

Trotz der überwältigenden Streikmehrheit erklären sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gegen den Streik und fordern im heute früh erschienenen Vorwärts offen zum Streikbruch auf. Da aber selbst die sozialdemokratischen Arbeiter einen weiteren Lohnabbau für unerträglich halten, ist damit zu rechnen, daß der Dolchstoß der SPD-Führer am Kampfwillen der Verkehrsarbeiter wirkungslos abgleitet!

Roter Volkskongreß in Chemnitz

ruft auf für Liste 3.

Auf einem am Sonntag stattgefundenen roten Volkskongreß in Chemnitz, an dem 424 Delegierte teilnahmen, sprach Genosse Heckert, der kommunistische Spitzenkandidat für den Chemnitzer Wahlkreis. Der Kongreß richtete den Appell an alle Arbeiter, am 6. November ein Millionenbekenntnis für den Kommunismus abzulegen, durch die Wahl der Liste 3!

Morgen roter Wahlappell in Dresden!

Alle anderen Veranstaltungen fallen aus. In Massen heraus zur Kundgebung 19 Uhr

im Ausstellungspalast!

Erklärung des Zentralkomitees der KPD

Zur faschistischen „Wahlbombe"

Revolutionäre Disziplin für die Erfüllung unserer historischen Aufgaben

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands veröffentlicht folgende Erklärung:

Unmittelbar vor der Reichstagswahl am 6. November 1932 wird von der Presse der nationalsozialistischen Partei als Wahlbombe gegen die KPD ein angebliches geheimes „Rundschreiben der Parteiexekutive des ZK der KPD" veröffentlicht. Es handelt sich um eine besonders plumpe und dumme Fälschung, deren Ungeschicklichkeit unter anderem schon daraus hervorgeht, daß es in der KPD weder ein „Parteiexekutive" noch eine „Landesleitung" gibt, wie es in dem gefälschten Rundschreiben der NSDAP-Presse heißt.

Was den Inhalt der Fälschung anbetrifft so denkt selbstverständlich die KPD nicht daran, für den 15. November einen „bolschewistischen Aufstand" zur „Aufrichtung Sowjet-Deutschlands" durchzuführen.

Derartige „Dokumente", wie sie die nationalsozialistischen Fälscher der KPD unterschieben wollen, entsprechen der Gesinnung und den Methoden der Hitlerpartei selbst, deren führende Mitglieder das bekannte Berheimer Dokument verfaßt haben, dessen Echtheit von ihnen selbst nicht abgestritten wurde und die besonders nach dem 31. Juli, dem Tage der letzten Reichstagswahl, eine Kette von systematisch organisierten Meuchelmorden, bandenmäßigen Ueberfällen, Brandstiftungen und sonstigen Terrorakten organisiert haben.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands weist die gesamte Oeffentlichkeit darauf hin, daß die plumpe Dokumentenfälschung der NSDAP-Presse unzweifelhaft auch dazu dienen soll, die wachsende Zersetzung in den Formationen der nationalsozialistischen SA und SS aufzuhalten und putschistische und terroristische Pläne zu verschleiern, wie sie seitens der Hitlerpartei für die Tage nach dem 6. November entsprechend ihren Terroraktionen nach den letzten Reichstagswahlen erneut vorbereitet sind.

Demgegenüber ruft das Zentralkomitee der KPD die Massen zu schärfster Wachsamkeit auf. Zugleich wendet sich das Zentralkomitee angesichts der nationalsozialistischen Fälschungen und wiederholten Versuche, die klassenbewußte Arbeiterschaft zu provozieren, an die gesamte Arbeiterschaft mit dem Appell zu eiserner revolutionärer Disziplin.

Unter entschlossener Einhaltung der in allen Beschlüssen der KPD festgelegten Linie des revolutionären Klassenkampfes und restloser Ablehnung und Bekämpfung aller Versuche, die Arbeiterschaft zu putschistischen oder individuell-terroristischen Handlungen zu provozieren, wird das deutsche Proletariat erfolgreich gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entrechtung kämpfen.

Unbeirrt durch Verleumdungen, Fälschungen und Provokationen des Klassenfeindes wird die Kommunistische Partei Deutschlands auf der Linie der Streik- und Massenkämpfe im Dienste der Befreiung der Arbeiterklasse von kapitalistischer Ausbeutung und nationaler Unterdrückung durch das Versailler System ihren unaufhaltsamen Vormarsch fortsetzen.

Berlin, 2. November 1932.
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Ein Schritt zu scharfer Preissteigerung

Berlin, 3. November 1932. (Eig. Drahtbericht)

Das Reichskabinett hat gestern grundsätzlich die autonome Erklärung von Kontingentierungen beschlossen. Wenn diese Kontingentierungen durchgeführt werden, und es besteht kaum noch ein Zweifel darüber, wird eine weitere scharfe Verteuerung der Lebensmittel die Folge sein. Darüber hinaus aber bedeutet eine stärkere Einfuhrbeschränkung die noch stärkere Drosselung der Ausfuhr deutscher Industrieprodukte und damit das weitere Wachsen der Erwerbslosigkeit.

Kämpft mit der KPD! Heraus in Massen für die Liste 3!

Keine Stimme den Arbeiterbetrügern!

Massenverhaftungen in Hamburg

Hamburg, 2. November 1932. (Eig. Drahtbericht)

Heute früh kam es in der Admiralitätstraße zu einem provokatorischen Feuerüberfall von Nationalsozialisten auf eine Arbeitergruppe und zu schweren Zusammenstößen, bei denen eine Anzahl Personen verletzt wurden. Die Polizei hat das zum Anlaß genommen, sämtliche Arbeiterlokale in der Innenstadt zu durchsuchen, um Massenverhaftungen von Arbeitern in großem Umfange vorzunehmen. Der Polizeibericht behauptet, daß die Kommunisten die Angreifer gewesen wären und selbstverständlich befindet sich unter den Verhafteten auch kein einziger Nationalsozialist.

63 Jahre Zuchthaus gegen 9 Arbeiter

Die große Strafkammer des Landgerichts Nürnberg hat wegen ungeheuerliche Zuchthausurteile gegen Arbeiter gefällt. Unter Anklage standen 18 Arbeiter wegen eines Zusammenstoßes in Büchenbach bei Erlangen.

Schwer verwundet oder auch nur ernsthaft verletzt wurde niemand. Das Gericht verurteilte nichtsdestoweniger 6 der angeklagten sozialistischen Arbeiter zu je 10 Jahren Zuchthaus, 3 Arbeiter zu je 1 Jahr Zuchthaus; 1 Arbeiter erhielt 6 Wochen Gefängnis und 8 wurden freigesprochen.